



Rekordüberschüsse im Bundeshaushalt - keine Entlastung für Kommunen

Bericht: Frank Wolfgang Sonntag

Mit zufriedenen Lachen tritt Finanzminister Olaf Scholz vor die Presse und präsentiert sein Jahresergebnis

Olaf Scholz (SPD):

„Wir hatten ein, ein bisschen Glück und natürlich haben wir auch gut gewirtschaftet. Der Haushalt weist insgesamt einen Überschuss von 19 Milliarden Euro aus.“

Und das geht seit Jahren so. 70 Milliarden Überschüsse sind bereits seit 2015 aufgelaufen. Der Bund der Steuerzahler fordert deswegen, endlich den Bürgern einen Teil ihres Geldes zurückzugeben.

Ralf Thesing, Bund der Steuerzahler:

„Ja wir sprechen ja nicht nur von Überschüssen im aktuellen oder im vergangenen Jahr, sondern wir haben seit Jahren erhebliche Überschüsse. Wir jagen von einer Rekordeinnahme zur nächsten. Das heißt die Politik hätte schon längst dem Steuerzahler etwas zurückgeben können und müssen bei der Sachlage. Das ist einfach verschlafen worden.“

Ob die Politik geschlafen hat oder schlicht unwillig ist, sei dahingestellt. Jetzt jedenfalls gibt es in den Parteien unterschiedliche Vorschläge, die Bürger zu entlasten.

Lediglich der neue SPD-Vorsitzende Norbert Walter-Borjans hat seit seinem Amtsantritt nahezu wöchentlich einen neuen Vorschlag für Steuererhöhungen präsentiert. Nur einige Beispiele sind: Spitzensteuersatz erhöhen, Ausnahmen bei der Erbschaftssteuer streichen, höhere CO₂-Steuer, Vermögenssteuer und Bodenwertzuwachssteuer. Zusätzlich sollen noch die „schwarze Null“ im Bundeshaushalt und die Schuldenbremse in Frage gestellt werden.

Norbert Walter-Borjans, SPD-Vorsitzender:

Frage: „Seit Ihrem Amtsantritt haben von diversen Steuererhöhungen gefordert. Dann kam der Haushaltsüberschuss des Bundes. Sind Sie da nicht eine Weile politisch in der falschen Richtung unterwegs gewesen?“



„Erstmal reden wir über einen Haushaltsüberschuss, der verglichen mit dem, was zu tun ist in den nächsten Jahren und Jahrzehnten, verhältnismäßig gering ist. Wir fahren auf Verschleiß. Also insofern wird die Frage, dass sich die Richtigen mit Steuern auch an der Finanzierung beteiligen, nämlich die, die sich bis jetzt zum Teil vom Acker machen, aber auch die, die wirklich über sehr hohe Vermögen und sehr hohe Einkommen verfügen und die größten Steuervergünstigungen in Anspruch nehmen können, die Frage wird bleiben.“

Die Diskussion über die Verwendung des Haushaltsüberschusses kam dann durch Dietmar Bartsch von der Linken richtig in Fahrt. Denn auch er fordert Steuerentlastungen.

Dr. Dietmar Bartsch, Fraktionsvorsitzender Die Linke:

„Wir haben die Situation, dass wir das Steuersystem des vergangenen Jahrhunderts haben. Es ist jetzt schon so, dass die Belastung bei Steuern und Abgaben in Deutschland die zweithöchste innerhalb der OECD nach Belgien ist. Deswegen der Vorschlag, den ich unterbreitet habe, ist den Steuerfreibetrag anheben. Der Spitzensteuersatz soll später einsetzen, wir müssen die kalte Progression abschließend abschaffen und wir müssen gleichzeitig bei den Supereinkommen eine höhere Belastung anstreben.“

Dietmar Bartsch fordert, den Spitzensteuersatz erst bei einem Jahreseinkommen ab 70.000 Euro zu erheben. Zurzeit greift er bereits bei 57.000 Euro. 1958 zahlte den Spitzensteuersatz derjenige, der mehr als das 20-fache des Durchschnittsverdienstes hatte. Heute ist es das 1,3-fache.

Ralf Thesing, Bund der Steuerzahler:

„Das ist auch nicht vermittelbar, weil allein schon die Begrifflichkeit da schon nicht passt. Wenn man in der Nähe eines Durchschnittsverdienstes sich bewegt, warum soll man da den Spitzensteuersatz zahlen müssen. Man geht davon aus, dass der Spitzensteuersatz auch von hohen Einkommensbeziehern, von Spitzenverdienern gezahlt wird und nicht von demjenigen, der sich im Mittel bewegt.“

Bei der SPD kann man sich eine Veränderung beim Spitzensteuersatz nur unter der Voraussetzung vorstellen, dass gleichzeitig das Ehegattensplitting gekürzt wird.

Norbert Walter-Borjahn:

„Wenn Sie nicht irgendwo an einer Stelle sagen, da muss auch mehr bezahlt werden, dann kriegen alle eine Steuersenkung und wenn sich der Staat das leisten kann, da würde ich



sagen, dass würde ich gerne vorgerechnet bekommen. Ich glaube, dass das extrem viel kosten wird.“

Andererseits hat sich die SPD dafür ausgesprochen, die Teilabschaffung des Soli um ein halbes Jahr vorzuziehen. Das will die Union aber nicht. Und so wird angesichts der Haushaltsüberschüsse wie immer hin- und her diskutiert werden, wer eine Verbesserung bekommen soll und wer eine Verschlechterung, man wird sich nicht einigen und am Ende behält der Staat das Geld.

Bartsch:

„Die Diskussionen sind meines Erachtens Diskussionen, die nur fürs Publikum geführt werden. Ich gehe nicht davon aus, dass diese Koalition, etwa noch die Kraft hat, eine wirkliche Steuerreform zustande zu kriegen.“

Für eine schwache Regierung ist es allemal einfacher mangels Selbstdisziplin jeden Kompromiss mit dem Geld des Steuerzahlers zu kitten.